

TÜRKEI

Destabilisierung statt Wiederaufbau



Sie haben Erfahrung im Umgang mit Kurden: Die türkische Anti-Guerilla-Einheit (Diyarbakir, 1991) wird von der kurdischen Bevölkerung als "Rambos" bezeichnet. (Foto: version)

Die türkische Regierung hat der Entsendung von Truppen in den Irak zugestimmt. Vor allem die Militärs wollen dadurch ihren Einfluss auf den Irak sichern. Dass die Mehrheit in der Türkei dagegen ist, stört sie nicht.

Sabine Küper-Büsch
ist freie Journalistin und
lebt in Istanbul.

Wer möchte eine Entsendung türkischer Truppen in den Irak? Würde in diesen Tagen eine Umfrage durchgeführt, fiel das Ergebnis eindeutig aus: Die überwiegende Mehrheit der Türken und Türkinnen ist dagegen - ebenso hat sich diese Woche die irakische Übergangsregierung ausgesprochen.

Bereits kurz nachdem das türkische Parlament am Dienstag vergangener Woche der Entsendung zugestimmt hatte, begann das obligatorische Protestprogramm der oppositionellen Organisationen. Die Kommission für globalen Frieden, ein Zusammenschluss mehrerer gemäßiger islamischer Gruppen, will jeden Freitag in Istanbul einen Sitzstreik am Kai von Besiktas, an der Meerenge zwischen Europa und Asien, durchführen. Sie schließt sich damit einem Aufruf linker Gruppen und der Gewerkschaften an, die "gegen die Besatzungspolitik im Irak" protestieren wollen.

Die Stimmung gegen die US-amerikanische Politik eint seit dem Irakkrieg sehr unter-

schiedliche Lager in der Türkei. Außer dem Sitzstreik am Bosphorus sind Aktionen im gesamten Land vorgesehen, die jedoch bislang wegen des befürchteten Eingreifens der Sicherheitskräfte noch geheim gehalten werden. Der türkische Unternehmerverband Tüsiad, der in der Vergangenheit immer wieder für demokratische Reformen eintrat, gab sich ebenfalls skeptisch und kommentierte die Parlamentsentscheidung als "hoffentlich gut bedacht und zum Wohl des Landes". Die oppositionelle Republikanische Volkspartei, die im Parlament geschlossen gegen den Antrag stimmte, warnte vor einer "historischen Fehlentscheidung".

Nur die Militärs sind dafür

Davor fürchtet sich wohl niemand mehr als die türkische Regierungspartei AKP. Denn auch Ministerpräsident Tayyip Erdogan und Außenminister Abdullah Gül haben sowohl mit der überwiegend oppositionellen Haltung in

der eigenen Partei als auch mit eigenen Zweifeln zu kämpfen. Nichts wäre den beiden Politikern lieber, als sich vom Irak fern zu halten. Doch der türkische Generalstab hält die Regierung auf einem Kurs, den eigentlich nur die Militärs befürworten.

Die Abstimmung fand diesmal in einer geheimen Sitzung statt, wobei der Einsatzort und die Zahl der zu entsendenden Truppen offen blieben. Zu mehr als einer grundsätzlichen Zustimmung ließ sich die Nationalversammlung nicht bewegen. Im Frühjahr hatte das Parlament in einer öffentlichen Sitzung noch jede Beteiligung am Irakkrieg abgelehnt.

Vor der jüngsten Abstimmung hatten sich auch einige AKP-Abgeordnete deutlich gegen ein türkisches Engagement im Irak ausgesprochen. Und vermutlich hat erst die Warnung von Ministerpräsident Erdogan, im Falle einer Ablehnung die Vertrauensfrage zu stellen, dafür gesorgt, dass die Zahl der Verweigerer gering und das Ergebnis positiv ausfiel.

Die US-amerikanische Reaktion auf die Entscheidung blieb dennoch verhalten. Außenminister Colin Powell begrüßte zwar offiziell die Entscheidung der Nationalversammlung und betonte wie üblich die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den Terror und gegen die übrig gebliebenen PKK-Anhänger in den nordirakischen Bergen. Gleichzeitig erklärte er aber auch, dass über die weiteren Einzelheiten noch verhandelt werden müsse. Denn eine offene Konfrontation mit den für sie wichtigen kurdischen Parteien im Nordirak wollen die USA auf keinen Fall riskieren. Das Gebiet im Norden gilt derzeit als die stabilste und sicherste Region im Irak.

Anschläge richten sich dort weniger gegen US-Soldaten, sondern vor allem gegen eine türkische Präsenz. So erklärte der Sprecher der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), Safeen Disai, kurz nach der Abstimmung, dass die türkischen Truppen auf keinen Fall den Nordirak passieren sollen. Und vermutlich ist es kein Zufall, dass in der vergangenen Woche bei einem Angriff auf einen zivilen türkischen LKW-Konvoi in der Nähe der nordirakischen Stadt Dohuk drei Fahrer getöt-

et wurden. Am Dienstag detonierte eine Autobombe vor der türkischen Botschaft in Bagdad.

"Wir werden nicht Teil einer Besatzungsarmee im Irak sein. Wir werden nicht als Unterdrücker in den Irak kommen. Wir werden einen Zeitrahmen von einem Jahr für den Abzug aus dem Irak haben", sagte Außenminister Abdullah Gül ebenfalls Dienstag. Um bei der geplanten Truppenentsendung das nordirakische Kurdengebiet umgehen zu können, plant die Türkei nun, einen neuen Grenzübergang zu eröffnen. Die türkischen Truppen müssten dann nur auf den ersten fünf Kilometern kurdisches Gebiet durchqueren; danach führt der Weg der türkischen Soldaten in ihr anvisiertes Einsatzgebiet im Zentralirak durch Gegenden, die von Turkmenen oder von Arabern beherrscht werden.

Historische Fehlentscheidung

Die türkische Regierung hat allen Grund, die heikle Region zu meiden. Im Sommer hatte der kurdische Geheimdienst die Informationsdefizite der US-Militärs in der Region ausgenutzt und ihnen mitgeteilt, dass ein Attentat auf den kurdischen Gouverneur von Kirkuk geplant sei. US-Soldaten stürmten daraufhin ein Büro des türkischen Militärgeheimdienstes in Süleymania, was anschließend fast zu einer internen Nato-Krise führte, da die Türken die Aktion als feindlichen Angriff interpretierten.

Die Krise wurde diplomatisch beigelegt. Schließlich konnte die türkische Regierung nicht rechtfertigen, warum sie in der Gegend überhaupt einen Stützpunkt ihres Geheimdienstes unterhält. Die Stadt liegt mehrere hundert Kilometer von der türkischen Grenze entfernt und weit außerhalb der Regionen, in denen die Reste der PKK vermutet werden.

Der Konflikt verdeutlichte, dass sich die Propaganda der türkischen Militärs zwar vornehmlich gegen die PKK-Überbleibsel richtet, gleichzeitig aber vor allem dazu dient, ihre strategischen Interessen durchzusetzen. Ihnen geht es darum, die Machtverteilung im Irak mitzubestimmen und die kurdische Auto-

nomie zu boykottieren. Dazu passen die stetigen Hinweise auf die Unterdrückung der turkmenischen Minderheit, die strategisch günstig vor allem um die Ölquellen in Kirkuk und Mossul angesiedelt ist.

Dass die Türkei angesichts der militärischen Präsenz der USA im Nordirak keinerlei Berechtigung hat, militärisch einzugreifen, wie in den neunziger Jahren öfters geschehen, weiß die türkische Regierung zwar längst. Doch der türkische Generalstab hält weiterhin an seinem Anspruch als hegemoniale Regionalmacht fest und ist nicht bereit, seine repressive Politik gegenüber den Kurden aufzugeben.

Die Stationierung türkischer Truppen belastet das Verhältnis der US-Besatzungsmacht zum Bagdader Regierungsrat. Es sei zu befürchten, dass die Entsendung türkischer Truppen das Land weiter destabilisieren könne, erklärte der irakische Ratspräsident Ijad Allawi am vergangenen Mittwoch. Bereits tags zuvor hatte sich der Regierungsrat in Bagdad vehement gegen die Stationierung ausgesprochen, was aber in Ankara niemanden kümmerte.

Um den Eindruck zu vermeiden, dass die Entscheidung vor allem auf Druck der US-Regierung zustande kam, begründet Ministerpräsident Erdogan seine Haltung vor allem mit der Sorge, dass mittlerweile die territoriale Integrität des Iraks bedroht sei. Über das Szenario einer möglichen ethnischen und religiös-konfessionellen Spaltung des Irak hatten die türkischen Medien in den vergangenen Wochen ausführlich berichtet. Meldungen über Diskussionen in den USA, ob die Grenzen des Irak bei seiner Gründung falsch gezogen worden seien, nahmen im August in den Medien ebenfalls viel Raum ein.

Immerhin gelang es der türkischen Regierung dieses Mal, das militärische Engagement von wirtschaftlichen Fragen zu trennen. Im Gegensatz zum Frühjahr fiel die Entscheidung über einen versprochenen US-Kredit in Höhe von 8,5 Milliarden Dollar noch vor der Parlamentsabstimmung.

Sabine Küper-Büsch

Avis

MINISTÈRE DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS
DIVISION DES TRAVAUX NEUFS

AVIS D'ADJUDICATION

Le **lundi 1 décembre 2003 à 10:00 heures** du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

les travaux de dallage et de revêtements de façades et de murs intérieurs en pierre

naturelle à exécuter dans l'intérêt du Centre de Conférence à Luxembourg / Kirchberg.

Envergure de l'objet:

Phase 1: Nouvelle annexe

- Revêtement de sol en dallage: ca. 5.600 m²
- Revêtement mural intérieur: ca. 2.900 m²
- Marches et contremarches d'escaliers: ca 360 m'
- Faux-plafonds suspendus en pierres naturelles: ca 180 m²
- Revêtement de façades extérieures: ca 1.900 m²
- Travaux de chapes: ca 1.400 m²

- Isolation et étanchéité: ca 5.600 m²

Phase 2: Cour d'honneur

- Revêtement de sol en dallage: ca. 3.500 m²
- Revêtement mural intérieur: ca. 460 m²
- Marches et contremarches d'escaliers: ca 110 m'
- Revêtement de façades extérieures: ca 1.100 m²
- Revêtement de sols sur plots (extérieurs): ca 1.600 m²
- Revêtement en pavés (extérieur): ca 1.000 m²
- Travaux de chapes: ca 1.300 m²

- Isolation et étanchéité: ca 5.000 m²

Exécution des travaux en différentes phases.

Le délai d'exécution est de 210 jours ouvrables (pose) pour la Phase 1 à compter de printemps 2004.

Le délai d'exécution est de 120 jours ouvrables (pose) pour la Phase 2 à compter d'automne 2005.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur **candidature écrite** au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâtiments publics

"Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le **jeudi 16 octobre 2003**.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux prescriptions des articles 51 à 64 du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 et portant

l'inscription: **"Soumission pour les travaux de dallage et de revêtements de façade dans l'intérêt du Centre de Conférence à Luxembourg / Kirchberg."** doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Le présent avis a été transmis le 10 octobre 2003 au Supplément du Journal Officiel des CEE aux fins de publication

Luxembourg, le 14 octobre 2003
La Ministre des Travaux publics
Erna Hennicot-Schoepges